## Bundesgerichtshof, Beschluss v. 18.1.2017 – XII ZB 98/16

Der Träger der Sozialhilfe ist nicht berechtigt, eine Abänderung einer Entscheidung über den öffentlichrechtlichen Versorgungsausgleich nach dem bis zum 31.8.2009 geltenden Recht zu beantragen, die ausschließlich auf eine Neubewertung eines Anrechts einer privatrechtlichen betrieblichen Altersversorgung gestützt wird.

**Anm. d. Red.:** Die Entscheidung wird veröffentlicht in FamRZ 2017, Heft 7. Vorinstanz war das *OLG Nürnberg*, FamRZ 2016, 1374.